

Annoncen-
Annahme-Bureau:
Dr. Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitz. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissand,
in Breslau bei Emil Habath.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Hanke & Co. —
Hanstein & Vogler, —
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank.“

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Nr. 203.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 21. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schrägschattete Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für das am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 20. März. Der König hat dem Staats- und Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Dr. Achenbach, sowie dem Staats- und Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Dr. Friedenthal, den R. Vol.-Ord. 2. Kl. mit Eichenlaub verliehen.

Dem außerord. Lehrer an der königl. Gewerbe-Akademie Dr. Hirschwald ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Vom Landtage.

2. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 20. März, 12 Uhr. Am Ministerialen Achenbach, Geh. Rath Röder u. A.

Nach den geschäftlichen Mittheilungen, welche Präsident Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode bei Eröffnung der Sitzung macht, sind:

1) neu eingetreten in das Haus: v. Melleski, Professor Dr. Dove (Göttingen), v. Gordon und v. Buddenbrock;

2) eingeladen zum Eintritt in das Haus: Fürst Leopold zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Prinz Heinrich VII. Neuß und Fürst Wilhelm zu Wied;

3) seit der Eröffnungssitzung verstorben: General v. Pender, Dr. Tellekampf und Geheimrat v. Böeß, zu deren Anwesen sich das Haus erhebt.

Ferner wird das Präsidium ermächtigt, zu dem Geburtsstage Sr. Maj-st des Königs denselben die Glückwünsche des Hauses abzustatten.

Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode hat an die Staatsregierung folgende Interpellation gerichtet: Beabsichtigt die Staatsregierung, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, betr. die Abtretung preuß. Eisenbahnen an das deutsche Reich?

Auf die Erklärung des Handelsministers, daß er die Interpellation sofort beantworten werde, erhält das Wort.

Graf Udo zu Stolberg: Wenn ich von der Abtretung preuß. Eisenbahnen spreche, so verstehe ich darunter die Abtretung der Staatsbahnen und die Übertragung der Aufsichtsrechte des Staates über die Privatbahnen an das deutsche Reich. Einige der Herren haben zu der Interpellation ihre Unterschrift gegeben, obwohl sie Gegner des Reichs-Eisenbahnenprojektes sind, während ich selbst mich dafür aussprach. Ein Mißverständnis über die Absicht, welche ich mit der Interpellation verfolge, kann dennoch wohl nicht obgewaltet haben, weil ich mich schon in der vorigen Session lebhaft und entschieden für die Übertragung der Staats- und Privatbahnen auf das Reich und ihre Vereinigung mit der Post und Telegraphie in einem Reichsverleihungs-Ministerium ausgesprochen habe. Ich hätte eigentlich erwartet, meine Interpellation durch die Ereignisse überholt zu sehen; da indessen die ganze Angelegenheit bisher im andern Hause mit keiner Silbe erwähnt worden, so ist es zu anders die Rücksicht auf die vorstehende Vorlage, betreffend die Übernahme einer Garantie für die Halle-Sorau-Gubener Bahn, welche mich veranlaßt, die Verhandlung zu berüthen. Ich meine nämlich, daß wir, wenn wir demnächst unsere Bahnen auf das Reich übertragen, keine Ursache haben, noch zuletzt diese gewiß sehr kostspielige Garantie zu übernehmen. Während mein im vor. Jahre ausgeschlagene Gedanke nirgends Anfang fand, ist in den letzten Monaten in mächtiger Umstaltung eingetreten zu Gunsten des Reichs-Eisenbahn-Projekts, hervorgerufen zumeist durch die Thatfache der Tariferhöhung, die Handel, Gewerbe und Landwirtschaft gleichmäßig und damit auch mitteilbar die Eisenbahnen selbst schädigt. Das in Preußen entwickelte sogenannte gemischte System, welches heute den Staat nöthigt, neben 3 Privatbahnen eine vierde Konkurrenz bahn in Westfalen zu bauen, die bestehenden Differentialtarife, die das in Südwürttemberg eingeschlossene Land zu Grunde richten, die bloß platonische ländliche Gewerbe gerade zu Grunde richten, die bloß platonische Wirklichkeit des Reichs-Eisenbahnwesens und der voraussichtlich resultierende Verlust der Arbeit der Tarifkommission. Alles drängt auf die Übertragung der gesamten Eisenbahnen auf das Reich hin — ein Schritt, der nur die letzte Etappe auf mit der Gründung des Böllervereins betretemen Wege wäre. Bei dem Widerstande der Südwürttembergs und Sachsen wird feil sein von diesem Wege abzusehn, und es bleiben uns dann noch zwei Möglichkeiten: erstens die Erwerbung der innerhalb unserer Grenzen belegenen Privatbahnen durch den preußischen Staat, was den Vorbehalt hätte, daß die Sache ganz res domestica bleibe, aber den großen Nachteil in sich schließe, die übrigen Staaten zu dem gleichen Schritte zu nötigen. Die Folge wäre, daß jeder Bundesstaat sein Tarifsystem selbstständig für sich ordnen und die heutigen Missstände auf diesem Gebiete in einer wahren Tarifkrieg der Einzelstaaten unter einander ausbreiten würden. Der zweite Weg wäre die Übertragung unserer Eisenbahnen und Eisenbahnrechte auf das Reich, dem die rei. andern norddeutschen Staaten, insbesondere Oldenburgs und Mecklenburgs zu folgen hätte. Die Südwürttembergs werden diesem Schritte keinen ernstlichen Widerstand entgegensetzen, wenn sie erkennen, daß man ihnen ihre Bahnen nicht nehmen will. Der Umstand, daß wir vor einem Novum stehen, darf uns nicht abschrecken; Preußen ist es ebenfalls gewesen, welches zuerst die allgemeine Schulpflicht und die allgemeine Dienstpflicht eingeführt hat. Die vorliegende Frage ist auf der letzten Beratung der Sozialreformen eingehend erörtert worden und waren es besonders drei Punkte, über welche völlige Einigkeit erzielt wurde, 1) daß man loskommen müsse von unsern 63 Privatbahnen-Gesellschaften und den konfusen Tarifen; 2) Betrieb der sämtlichen Bahnen durch die Einzelstaaten oder das Reich; 3) daß den Einzelstaaten die Bahnen nicht gegen ihren Willen zu nehmen seien. Dies ist auch im Wesentlichen mein Standpunkt. Ich werde zufrieden sein, ob wir nun durch Staats- oder durch Reichs-Eisenbahnen aus den heutigen Zuständen herauskommen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Ich kann die Frage der Interpellation bejahen. Die Regierung beabsichtigt, in der nächsten Zeit dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, durch welches die preußischen Staatsbahnen, die Rechte des preußischen Staates an Privatbahnen und seine Aufsichtsrechte über dieselben auf das Reich übertragen werden sollen. Das Haus wird wohl mit mir darin einverstanden sein, daß ich Angestossen der nahe bevorstehenden Diskussion der Vorlage mich heute jeder Aeußerung über die Motive derselben enthalte. Nur will ich mir gestatten, schon heute hervorzuheben, daß die für die Staatsregierung maßgebend gewesenen Geschäftspunkte keine politischen, sondern wirtschaftlichen sind.

Thatsächlich bemerkte v. Kleist-Retzow, er habe, obwohl Freund des Staatsbahnsystems die Interpellation mitunterzeichnet, weil er eine Besprechung der Sache jedenfalls für förderlich erachtet hätte.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Es folgt der Bericht der Justizkommission über den Ge-

teilen. Die Vorlage bezweckt eine bestimmte Feststellung der Personen, welche, außer den Notarien, befugt sein sollen, Wechselproteste aufzunehmen. Maßgebend ist in dieser Beziehung § 1 des Gesetzes, wonach zu den Gerichtspersonen, welche solche Proteste aufnehmen können, auch gehören: 1) im Geltungsbereich der Verordnung vom 2. Januar 1849 die Gerichtssekretäre, die Bureau-Assistenten und die Aukare; 2) in den Bezirken der Appellationsgerichte Kassel, Kiel und Biesbaden die Gerichtssekretäre; 3) im Bezirk des Appellationsgerichts Celle die Gerichtssekretäre.

Der Referent General-Staatsanwalt Weber befürwortet die Vorlage unter Hinweis auf das gegenwärtig geltende Recht und die Zwecke, welche sich zum Theil in den alten Provinzen bezüglich der Bezugsnis gewisser Subalternbeamten-Kategorien zur Protestaufnahme erhoben haben.

In der verhältnismäßig eingehenden Debatte, welche der Gegenstand hervorruft, belämpfen Graf zur Lippe und von Kleist-Retzow die Vorlage, ersterer hauptsächlich unter Verneinung der Bedürfnisfrage. Die letztere wird besonders vom Regierungskommissar Geheimrat Herz als maßgebend bezeichnet, dem sich Graf Ritterberg und von Bernuth im Allgemeinen anschließen.

Der Entwurf wird hierauf angenommen und gleichzeitig auf den Antrag des Herrn v. Bernuth die Regierung aufgefordert, Anordnungen zu treffen, wonach die zur Aufnahme von Wechselprotesten befugten Gerichtspersonen ermächtigt werden, die aufgerommten Proteste den Beteiligten sofort auszuhändigen.

Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes, betreffend die Konsolidation prußischer Staatsanleihen, wird nach kurzer Beleuchtung durch den Referenten Grafen von der Schulenburg-Augeron vom Hause genehmigt.

Schließlich wird an Stelle eines ausgeschiedenen Schriftführers Freiherr von Mirbach durch Aklamation zum Schriftführer gewählt.

Schluss 2½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Vereidigung neuer Mitglieder, Gesetz, betreffend die Ablösung der Erbabs- und Erbpaßverhältnisse von den Moskau- und Bessarabien-Kolonien in Hannover, Petitionen.)

31. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 20. März, 11 Uhr. Am Ministerialen Camphausen, Graf zu Eulenburg, Falz, Achenbach, Friedenthal, Geh. Oberfinanzrat Hoffmann und zahlreiche andere Kommissarien.

Borl. Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Reichenberger das Wort, um zu konstatiren, daß die bei der zweiten Beratung des Kultusrats vom Regierungssitz gegen die Richtigkeit einer Unterschrift unter einer ultramontanen Petition erhobene Zweifel unbegründet gewesen seien. Die an den Unterzeichner Wiedhoff in Cöln adressierte Antwort auf die Petition sei nur deshalb als unbestetbar zurückgekommen, weil der Gutsbesitzer Wiedhoff die Annahme des Schreibens, das er nicht an seine Person gerichtet glaubte, abgelehnt habe.

Kultusminister Falk bemerkte, daß ihm selbst inzwischen dieselbe Erklärung seitens eines Herrn Wiedhoff in Husum zugegangen sei, der jetzt nachträglich um Wiederherstellung des Briefes ersucht.

Abg. Miquel hält den Präsidenten den Reden vor der Tagesordnung nicht einen allzuweiten Raum zu gestatten, weil dies zu Konventionen führen müsse.

Präsident v. Bennigsen weist darauf hin, daß er den Gebrauch von seinem Vorgänger übernommen und daß das Haus noch nie Widerspruch dagegen erhoben habe, weil er stets mit der größten Vorsicht in dieser Beziehung vorgegangen sei; Konventionen seien bis jetzt noch nicht eingetreten und könnten auch bei der bisherigen Handhabung nicht eintreten.

Abg. Windthorst (Meppen) nimmt dem Präsidenten bei und bittet ihn, in der bisherigen Weise weiter zu verfahren.

Abg. Dr. Birchow betont, daß der Fall in der Geschäftssordnung nicht vorgesehen sei und auch nicht formulirt werden könne; daß das Bedürfnis zu derartigen Erörterungen vor der Tagesordnung vorliege, so möge man die Entscheidung hierüber vertrauen voll in die Hand des Präsidenten legen.

Das Haus tritt hierauf in die dritte Beratung des Budgets.

Zur Generaldiskussion nimmt zunächst das Wort:

Abg. v. Kardorff: Die diesjährige Beratung des Etats hat wieder die Mängel der Art und Weise, die wir für die Etatsberatung in den letzten Jahren akzeptiert haben, uns allen lebhaft vor Augen geführt. Die Vorberatung in den Gruppen hat immer einen zwitterhaften Charakter. Es fehlt ihr die Autorität einer Kommission und Anträge der Gruppen sind selten von Erfolg begleitet. Sovann führt diese Art der Beratung nothwendig zu den weitläufigsten Diskussionen über die geringfügigsten Spezialia, deren Nachtheile wir alle diesmal besonders lebhaft empfunden haben. Die „Weserzeitung“ brachte neulich einen Artikel, der sich in schärfer Weise über das Verfahren des Hauses in Bezug auf die Budgetberatung aussprach. Wenn ich auf den bereits mehrfach von mir empfohlenen Vorschlag, zweijährige Etatsperioden einzuführen, zurückkomme (Abl. links und Widerspruch), so weiß ich wohl, daß das von der linken Seite sofort als eine capitio diminutio der konstitutionellen Rechte des Hauses angesehen wird. Ich glaube aber, die Nothwendigkeit, hier eine Abkürzung zu schaffen, wird endlich doch dazu führen müssen, diesen Vorschlag in ernste Erwägung zu ziehen. Bei der Beratung des Sechshundertschlusses erklärte der Abg. Lasker, er müsse gegen das Sturm laufen von unserer Seite gegen die liberalen Mitglieder der Regierung Stellung nehmen. Ich und meine Partei sind gegen die Minister Lippe, Württembergs und v. d. Heydt stets in Opposition gewesen und das waren doch gewiß keine liberalen Mitglieder. (Heiterkeit.) Der Abg. Lasker verwechselte dabei durchaus die volkstümlichen und volkswirtschaftlichen Anschauungen. Man kann sehr wohl freisinnig sein und doch volkswirtschaftliche Ansichten haben, die dem radikalen Freihandel, wie ihn die liberale Partei im Allgemeinen vertritt, direkt entgegenstehen. Ich erinnere daran, daß die entschiedenen Mitglieder der Fortschrittspartei Waldeck und Harkort Vertheidiger des Schutzzollsystems waren. Was ich dem gegenwärtigen Finanz-Ministerium hauptsächlich zum Vorwurf mache, ist die Verfehlung der Nothstandsfrage des Landes. Von der Gegenseite wird stets gesagt, man dürfe den Nothstand, der tatsächlich gar nicht so groß sei, nicht übertrieben, denn dadurch werde das öffentliche Vertrauen noch mehr untergraben. Das ist ein verhängnisvoller Irrthum. Die Gefahr wird dadurch nicht geringer, daß man wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt und nicht seien will. Die gegenwärtige Noth des Landes ist in der That groß. Ich erkenne an, daß sie zum Theil verschuldet ist durch die Überpekulation und den Milliardenstrom. Aber auch hieran war sowohl das Ministerium als auch die

Landesvertretung nicht ohne schwere Mitschuld. Durch das Altentgegnungsgesetz wurde einerseits das Kapital schrankenlos entfesselt, andererseits durch die gewerbliche Gesetzgebung den Arbeitern die Möglichkeit gegeben, sich zur Ausführung des Strides und zur Erzeugung übermäßiger Lohnverhältnisse zu organisieren. Der Finanz- und der Handelsminister, sowie die liberale Partei meint, der Nothstand werde sich von selbst verlieren. Ich verneine das entschieden. Der Nothstand wird bleiben, so lange die gegenwärtige Handels- und Wirtschaftspolitik sich nicht ändert, und so lange wir in dieser Grundsätze befolgen welche geradezu entgegengesetzt sind denen aller anderen Kulturstaten der Welt. Man macht mir den Vorwurf eines engagierten Vertheidigers der indirekten Steuern. Meine Reformvorschläge auf diesem Gebiet beziehen sich aber vorzugsweise auf solche Objekte, bei denen die Rücksichtnahme auf die ärmeren Klassen, die man mir stets entgegenhält, gar nicht in Frage steht. Es ist das die Steuer auf Spiritus und Tabak. Man kann diese Objekte zu den nothwendigen Lebensmittel des armen Mannes durchaus nicht zählen, es fragt sich sogar, ob nicht eine erhöhte Besteuerung derselben geeignet sein würde, eine Verkürzung ihres Genusses bei den ärmeren Klassen herbeizuführen, die für die Wohlfahrt des Landes nur heilsam sein kann.

Abg. Birchow: Lieber die Art, wie der Etat durchberaten werden soll, läßt sich nicht trennen. Ich muß aber entschieden dagegen Verwahrung einlegen, als ob die Redefreiheit dahin beschränkt werden müsse, daß detaillierte Klagen über Spezialfälle bei Gelegenheit der Etatberatung nicht vorgebracht werden sollen. Hierzu ist gerade die Etatberatung die einzige passende Gelegenheit. Den wieder vorgebrachten Vorschlag einer zwijährigen Etatsperiode halte ich für so abgethan und verurtheilt, daß ich darüber kein Wort weiter verliere. (Sehr wahr! links.) Ich möchte doch dringend davor warnen, auf einzelne Beiträge des Artikels zu viel Gewicht zu legen, um damit das Urteil des Hauses zu bestimmen. Wir liegen eine Nummer der „Magdeburgischen Zeitung“ vor, worin der vom Vorredner erwähnte Artikel der „Weserzeitung“ zurückgeführt wird auf die Urheberschaft von Parteifreunden, die dem Vorredner sehr nah stehen. (Widerspruch rechts.) Gewiß, meine Herren! es wird darin ausdrücklich gesagt, der Artikel sei ausgegangen von Mitgliedern des Hauses, welche der Regierung am nächsten stehen. (Abg. v. Kardorff: Das ist die nationalliberale Partei. Widerspruch links; Rufe: nein! nein!) Nun, darüber mögen sich die Herren gefälligst auseinandersetzen (Heiterkeit), auf mich hat die Erklärung der „Magdeburgischen Zeitung“ den Eindruck gemacht, als sei nicht die nationalliberale, sondern eine der Regierung noch näher stehende Partei gemeint. (Widerspruch rechts) Wie durch Schätzöllner die Lage des Landes gebessert werden soll, kann ich in keiner Weise einsehen. Die Arbeiter sind doch nicht bloß Bevölkerung, sondern in gleichem Maße auch Konsumenten. Das ist eine durchaus legitime Lohn in Folge der Schätzöllner gemachten Aussicht, daß die Bevölkerung der Lebensmittel, welche die Schätzöllner nothwendig im Gefolge haben, aufgewogen werden. Wie doch der Vorredner einmal auf Amerika blickt, wo das Schätzöllner System beständig in ausgesetzter Form besteht. Dort herrscht gegenwärtig im weitesten Umfang ein Nothstand, der den in unserem Land weit übertrifft. Ich kann nur dringend wünschen, daß die Staatsregierung von der Schätzöllnerischen Bewegung, trotz der großen Autorität des Herrn v. Kardorff, die an ihrer Spitze steht, (Heiterkeit), sich in keiner Weise zu einer Aenderung ihrer Wirtschaftspolitik bestimmen lassen möge.

Damit wird die Generaldiskussion geschlossen.

Es folgt der Etat des Kultusministeriums, zu welchem das Wort ergreift:

Abg. Windthorst (Bielefeld): Sie erinnern sich noch der Scene, die wir am vergangenen Donnerstag bei Gelegenheit der Etatsberatung erlebt haben. Der Abg. v. Schorlemers Abl. hat ein vom Norddeutschen Volkschriftenverlag in Bremen herausgegebenes Buch, betitelt „Der abenteuerliche Simplicius Simplicissimus“ einer harten und unbarmherigen Kritik unterzogen; er hat dem Kultusministerium den härtesten Vorwurf daraus gemacht, daß es ein solches Buch, welches nach seiner Meinung von „seelenmörderischer“ Wirkung sei, als ein Buch für die Volksschule, für die reisende Jugend dem Lehrer empfohlen habe. Die Presse hat bereits zu dieser Frage Stellung genommen und den größten Theil vom Abg. Schorlemers erhobenen Anschuldigungen in gebildeter Weise zurückgewiesen. Ich würde es nicht für angemessen halten, daß das Haus mit einer Frage von im Ganzen anscheinend untergeordneter Bedeutung zu beschäftigen; ich glaube aber, daß die Frage diesmal eine größere Tragweite hat, und zwar einmal, weil mir dies der Anfang eines Systems zu sein scheint, das wir vornehmlich mit Entschiedenheit zurückweisen müssen, andererseits deshalb, weil sämtliche Angriffe gegen ein erst neues Unternehmen geschieben sind, gegen den nordwestdeutschen Verlag, welcher es sich zur ökologischen Aufgabe gemacht hat, Ausklärung und Bildung im Volke durch Herausgabe populärer Schriften in immer weiteren Kreisen zu verbreiten. Sie alle kennen die Bedeutung, welche das Original, der Simplicius Simplicissimus von Grimmelshausen in der deutschen Literaturgeschichte einnimmt. Es ist das wertvolle Kulturbild, welches uns aus jener Zeit von den Nachwegen und Wirkungen des 30jährigen Kriegs hinterlassen ist, ein für unsere ganze Kulturerntegeschichtlich unentbehrliches Hilfsmittel, dessen Mangel eine empfindliche Lücke in unserer ganzen Literatur bezeichnete würde. Nun ist dieser Original-Simplicius Simplicissimus in so dicker naturalistischer Ausfassung und Darstellungsweise geschrieben, er bezeichnet die Verwildern der damaligen Sitten, die Verwilderung aller damaligen Zustände so genau und scharf, daß allerdings in diesem Original sich manche Stelle befindet, die bei feineren Gemüthern, namentlich aber bei Frauen und Kindern Anstoß zu erregen geeignet ist. Ich behaupte nun, durch eine sachgemäße zweckmäßige Bearbeitung dieses Buches zu einem wahren Volksbuch hat sich der nordwestdeutsche Verlag ein unbestreitbares Verdienst erworben. Ich habe das Buch sorgfältig durchgelesen und der schärfsten Prüfung unterworfen, in allen den Stellen namentlich, die der Abgeordnete v. Schorlemers ausdrücklich als anstößig zu bezeichnen die Güte batte. Ich habe nun gefunden, daß von dem Herausgeber auf das Ungünstigste Alles vermieden ist, was irgendwie auch nur bei einem sehr leicht empfänglichen Gemüth erregen könnte. Ich habe gefunden, daß alles das ausgelassen ist, was mit Recht vielleicht sonst als eine Verleugnung des Anstandes und der guten Sitten bezeichnet werden könnte. Ich muß ausdrücklich hier konstatiren, daß selbst in dem Original, das mir genau bekannt ist, die anstößigen Stellen immer nur in der besten Absicht, nicht aber in der Absicht geschrieben worden sind, die der Abg. v. Schorlemers vorzuführen scheint. Es hat mich im höchsten Grade gewundert, vom Abg. v. Schorlemers Ur

und in die Worte einen Sinn hineinzulegen, der unmöglich beachtigt wird, der kann in allen unseren Volkschriften, in den besten Erzeugnissen unserer Literatur Stellen finden, die er als seelenmörderisch bezeichneten kann. Aber wenn Sie so weit gehen, dann verbannen Sie aus unserer Literatur die schönsten Werke, dann nehmen Sie unseren Kindern die schönsten Märchen und Legenden fort; denn die Schilderungen in unseren Märchen von dem Kreuz der verwuntenen Prinzessin und ihrem bezaubernden Eindruck auf den Prinzen der sie entdeckt und aus ihrer Not befreit, sind alle viel stärker und drastischer, als die Stellen in diesem Buch, die als die stärksten bezeichnet wurden. Ich will dem Abg. von Schorlemer nicht Gleiche mit Gleichen vergleichen; ich könnte sonst die ganze Heiligen- und Legenden-Geschichte verleben; und dann allerdings die Befragung beginnen, daß es nicht gestattet sei, in öffentlicher Versammlung derartige Dinge hier vorzutragen. (Beifall links.) Nach meiner Ansicht handelt es sich im vorliegenden Falle um den Anfang eines Systems. Der Grund des Vorwurfs des Abg. v. Schorlemer und seiner Freunde ist mir nicht zweifelhaft. Wir finden in diesem Buch auf S. 117 eine Stelle, die vor 200 Jahren geschrieben ist, und die in begeisterten Worten, in einer Vorahnung, wie sie sonst nur den Heiligen jener Seite eigen zu sein pflegt, bereits von der zukünftigen Herrlichkeit des deutschen Reichs, von dem Parlamente, welches in der großen Stadt des deutschen Reichs einst tagen wird, eine Andeutung macht. Es ist da die Rede von einem großen Helden, der durch Deutschland ziehen soll, um alles Unheil, allen Zug und Trug aufzuräumen. Da wird gesagt: „Also wird er von einer deutschen Stadt zur andern ziehen, einer jeden Stadt ihr Recht und Gebiet und ihren Frieden geben, und aus jeder Stadt in ganz Deutschland den besten und klügsten Mann nehmen — das gilt also dem Abg. von Schorlemer (Heiterkeit) — und aus allen diesen Männern ein Parlament oder einen Reichstag bilden.“ Das ist nur vor zweihundert Jahren geschrieben. — „Er wird dieselben unter den Großen, die verrückt leben und mit den Waffen sich ausleben“ — siehe Hannover! u. s. w. — „zu Boden werfen.“ Dies ist von unaußprechlicher Wirkung für denjenigen, der sich die Zeit vergegenwärtigt, denn diese Worte sind nur Zeigt der tiefsten Bedrückung und Zerstörung des deutschen Reichs geschrieben. Es heißt weiter: „Diejenigen aber, die nicht den Gesetzen gehorchen, wird er aus dem Lande weisen. (Aha! im Zentrum.) Wer aber von ihnen bleibt und sein Vaterland liebt, die werden leben müssen, wie die anderen Bürger. Dann wird er das Kaiserthum wieder aufrichten und mit seinen Parlamentsherren eine Stadt mitten in Deutschland bauen, die viel größer sein wird als Konstantinopel in der Türkei und goldreicher als Jerusalem zu Salomons Zeiten“ Nun, m. H., ich glaube, hierin werden Sie schon teilweise den Grund des Vorwurfs erblicken, der den Abg. v. Schorlemer dazu verleitet hat, dies Buch einer ganz ungerechtfertigten Kritik zu unterziehen. Zum Schluss aber will ich Ihnen, um das ganze Buch seiner Tendenz und seinem Inhalt nach zu kennzeichnen, nur ein paar Worte aus der Vorrede verleihen, die den Zweck charakterisieren, zu welchem der Verfasser das Buch herausgegeben hat. Es wurde vorher von den Leuten gesprochen, die aus dem Buch zu ziehen sind: „Wer aller solcher Lehren nicht bedarf — heißt es dann — der mag aus diesen Aufzeichnungen eines echten deutschen Mannes die ganze Tiefe des Unglücks ermessen, in welches unser Vaterland damals hinabgestoßen war. Die Haupschuld trägt der Jesuitenorden, der unablässig die katholischen Deutschen gegen die protestantischen hießt, die doch einen und denselben Gott anbeten und ein und dieselbe Pflicht für die nämliche Christenpflicht halten, nämlich die Menschenliebe. Aber noch heute sind nicht alle Folgen jenes Bürgerkrieges überwunden, und leider noch nicht vor allem der Geist erstickt, aus dem er hervorgegangen ist, der Geist des Glaubenshauses und der Unzufriedenheit. Darum nimm dich in Acht, mein deutsches Volk vor Allen, die statt menschlicher Liebe und gesegneter Friedens Zweitacht und Hass predigen! Und wenn diese schwarzen Seelen dir nahen, so wende ihnen den Rücken und denke an die Schicksale des Simplicius Simplicissimus. Seinem Büchlein hat einst Grimmelshausen das Sprichwort vorgelegt: „Es hat mir so wollen behagen mit Lachen die Wahrheit zu sagen. Und wer es recht liest“ — und ich bitte Herrn v. Schorlemer, einmal in diesem Sinne zu lesen — „dem lebt es Wahrheit, auch Frieden und Eintracht, Arbeit und Rächt, Vaterlandsliebe und Frömmigkeit, ja es gibt uns die Zuversicht, daß die Prophezeiung im 5. Kapitel des 3. Buches, deren erster Theil sich so ununterbar verwirklicht hat, auch noch dient in ihrem zweiten Theil zu bestätigen, d. h. daß der Geist der Wahrheit ringsum unter den Völkern wohnen wird.“ — Und nun, meine Herren, beurtheilen Sie die Kritik des Abg. v. Schorlemer, und ich bin überzeugt, Sie werden mit mir mit Entscheidlichkeit seine Anklage als unberechtigt zurückweisen. (Beifall linker Seite.)

Abg. v. Schorlemer-Ast: Der Herr Abg. Windhorst hat mir ein tendenziöses Vorgehen nach zwei Seiten hin vorgeworfen, erstens gegen den nordwestdeutschen Volkschriftenverlag zu Bremen, und zweitens gegen die patriotische Tendenz des Buches. Was den ersten Punkt anbetrifft, so habe ich vor meiner Rede über das Buch den erwähnten Verlag überhaupt nicht geläufig und mich überdies auf eine ganz objektive Kritik des Buches beschränkt. Weiterhin können sich meine Angriffe auch durchaus nicht gegen die patriotische Tendenz des Buches gerichtet haben, da dieselbe meinen patriotischen Anschauungen durchaus entspricht. Wenn der Abg. Windhorst die kulturhistorische Bedeutung des Originals hervorgehoben hat, so will ich dieselbe ja durchaus nicht leugnen; ich berufe mich aber ausdrücklich auf den Auspruch des Abg. Wehrenpennig, der erklärt, daß sich durch keine Umarbeitung aus dem Original eine Kinderchrift herstellen lasse, wenn nicht der Charakter vollständig verwischt würde. Dann hat der Abg. Windhorst gesagt, daß auch die schlimmsten Stellen in durchaus reiner Absicht geschrieben worden. Das vorläufige ja gar nicht, aber deshalb braucht das Buch doch immerhin noch nicht ein Buch für Kinder zu sein. Wenn endlich der Herr Abg. Windhorst meint, daß man den betreffenden Stellen nur dann einen schlechten Sinn unterlegen könne, wenn man selbst ein verdorbenes Gemüth besitzt, so ist das eben Gefühlsfach; Mancher ist vielleicht auch schon so abgehärtet, daß ihm solche Stellen überhaupt nicht mehr auffallen (Heiterkeit). Ich habe die einzelnen Stellen, die ich für besonders anstößig hielt, ausdrücklich angegeben, aber Niemand der Herren hat sich verantworlt gegeben, eine der selben vorzuladen. Davon bin ich überzeugt, daß Väter, deren Kinder dies Buch als Prämie aus der Schule mitbringen, dasselbe sofort in den Ofen werfen (Widerspruch links), und ich hoffe, daß mir die Eltern Dank wissen werden, daß ich die Sache zur Sprache gebracht habe.

Abg. Richter (Sangerhausen): Als der Abg. v. Schorlemer-Ast in seiner neulichen Rede Anklage gegen das erwähnte Buch erhob, war wohl Niemand darüber informiert, in welcher Weise die Bearbeitung vorgenommen worden. Abg. Birkow sprach seinerseits nur von dem Original und selbst der Regierungskommission sah die Schrift, um die es sich hier handelte, nicht genau gekannt zu haben, sonst würde er sie nicht so schwach verteidigt haben. Mutterweise wird sich wohl Jeder informiert haben, wie ich es gehabt. Ich habe es aber nicht nur selbst gesehen, sondern weil der Abg. v. Schorlemer besonders auf die Frauen hingewiesen hat, so habe ich das Buch auch meiner Frau zum Durchlesen übergeben, und diese hat mich autorisiert, im Namen der Mutter das Buch für ein äußerst lehrreiches und dem fittlichen Ernst der Erziehung völlig entsprechend zu bezeichnen. Der Abgeordnete v. Schorlemer hat nun auf einzelne Stellen des Buches hingewiesen; aber aus solchen Bruchstücken läßt sich dasselbe durchaus nicht beurtheilen; man muß hier das Ganze betrachten und aus diesem Gesichtspunkte heraus kann ich dasselbe nur als eine von einem guten fittlichen Sinn geleitete Buch bezeichnen. Die Behauptung, daß die Besserung nur auf den letzten dreißig Seiten behandelt sei, ist ebenfalls nicht wahr, sondern es ziehen sich durch die ganze Geschichte wie ein rother Faden die Lehren und Regeln der Weisheit und die Ermahnungen im Gegensatz zu jenem abenteuerlichen Leben hindurch. Ich erkläre nochmals, daß die Bearbeitung des Buches eine vorzügliche ist, durch welche das Verdienst jener Verlagsbuchhandlung durchaus nicht geschmälert wird, und die man jedem gefundenen Kind in die Hand geben kann.

Abg. Windhorst (Meppen): Ich habe nicht die Absicht, über die Frage, ob das Buch zu empfehlen sei oder nicht, näher ein-

zugehen, denn sonst müßte ich das Buch wirklich vorlesen. Nach meiner Meinung kann man dasselbe nicht nach einzelnen Stellen, sondern muß es im Ganzen beurtheilen. Ein Buch kann sehr lehrreich für Erwachsene, Männer und Frauen sein, ohne daß man es deshalb Kindern als Prämie in die Hand geben kann. Dies ist nach den angeblichen Stellen bei dem in Rede stehenden Buch der Fall. Die Schilderung aller Verirrungen des Taugenichts können durchaus nicht dem Kind zum Heile gereichen. Ein s. allerdings hat das Buch für sich, die Nährung des Hasses gegen den Katholizismus, und alle, die diesen Hass thieren, werden das Buch zu verbreiten suchen, wenn ich auch zur Ehre der Schulverwaltung annehmen will, daß sie die Empfehlung nicht aus diesen Gründen erlassen hat. Abgeordneter von Schorlemer hat Ihnen eine Stelle mitgetheilt, in welcher die Fürsten wegen der Besteuerung ihrer Unterthanen mit Häubern verblidken werden. (Ruf: Auch die Päpste sind ermähat, vom Abgeordneten von Schorlemer aber beim Vorlesen weggelassen worden!) Halten Sie eine solche Stelle für geeignet, die Loyalität zu befördern, oder glauben Sie wirklich, daß man den Angriff gegen das Königthum dadurch beschönigen kann, daß man einen Angriff gegen den Papst und die Kirche als Envelope herumlegt? Ich bin überzeugt, daß der Kultusminister das Buch nicht ferner empfehlen wird. Der Abgeordnete für Bielefeld hat es für angezeigt gehalten, bei einer Stelle des Simplicius Simplicissimus meine Heimat und deren Bewohner zu schmähen, indem er bei Verlesung einer Stelle des Buches einschaltete: Siehe Hannover! Er hat dadurch meinen Landsleuten Vertrüllheit vorgesetzt. (Gelächter und Widerspruch) Ich kann diesen Vorwurf nicht dulden und möchte den Abgeordneten auffordern, seinen Ausspruch mit Thaten zu belegen. Man sollte doch von jener Seite sich am allermeisten bitten, alte Wunden aufzureißen, besonders da wir ganz rechtmäßig vorgegangen sind, während von anderer Seite die Verträge zerissen wurden. Ich weise jenen Vorwurf mit Entschließung zurück.

Abg. Dr. Wehrenpennig: Der Abg. Windhorst (Meppen) hat ganz Recht, daß man das Buch im Ganzen beurtheilen müsse, aber darin kann ich ihm nicht bestimmen, daß das Buch Hass gegen den Katholizismus predige, wenn gleich ihm wohl einzelne Stellen nicht besonders gefallen haben mögen. Mir kommt es nur darauf an, meine Auseinandersetzung von neuem zwar nicht zurückzunehmen, aber zu berichtigten. Dr. nordwestdeutsche Verlag ist ein Volkschriftenverlag, also nicht nur ein Verlag für Jugenddriften, und er erklärt ausdrücklich, daß ich das Buch für eine durchaus gute und glückliche Bearbeitung zur Lehrzeit des Volkes halte. Die Bearbeitung hat den bedenklichen Charakter des Buches in einer Weise zu beseitigen gewußt, wie ich es gar nicht vorstellen konnte, wenngleich ich nicht leugne, daß ich einzelne Stellen nicht jedem Kind in die Hände geben würde. Jedenfalls muß ich konstatiren, daß die Rede des Abg. v. Schorlemer nur auf einem dramatischen Effekt berechnet war, verucht auf Grund einer Bearbeitung, von der er voraussehen konnte, daß wir sie nicht kennen würden. Herr v. Schorlemer hat einmal wieder aus einer Mause einen Elefanten gemacht. (Beifall.)

Nach Schluss der Debatte bemerkte Abg. Windhorst (Bielefeld) persönlich, daß es ihm durchaus nicht einfallen sei, ein absprechendes Urteil über die Hannoveraner zu fällen, wie der Abgeordnete für Meppen behauptet; er habe bei Gelegenheit der Stelle aus dem Simplicius und durch die Randbemerkung ausdrücken wollen, daß die Union von Hannover die Folge der Eroberungen sei, die wir hätten machen müssen.

Hiermit ist die Angelegenheit erledigt. Der Kultusetat wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Bei dem Etat des Finanzministeriums, Kap. 1 (Domänen) berichtet Abg. Bertoig dem Hause über die die bei der Domänenverpachtung in der Provinz Sachsen eingerissenen Missbräuche, über die unter Rekettanten üblich gewordenen Bestechungen, die sich oft auf 6000 Thlr. und darüber für das einzelne Pachtjahr beliefen, und forderte die Regierung auf, endlich und endgültig diesen Übelständen ein Ende zu machen, welche gerade in den höheren Gesellschaftskreisen und den zu Organen der Selbstverwaltung berufenen Klassen den sitzlichen Ton geschädigt und den Respekt vor der Staatsregierung untergraben hätten.

Der Etat der Domänen- und Forstverwaltung wird hierauf bestätigt.

Bei dem Etat der direkten Steuern Kapitel 4 Tit. 4 (Klassensteuer) bemerkte Abg. Dr. Baur, daß die Inkorrektheit in dem Text des Gesetzes über die Änderungen der Klassensteuer von 1873, welche seine Bemerkungen in zweiter Lesung zu dieser Position veranlaßt hatte, sich leicht einschleichen könnte, weil nur einzelne Paragraphen durch die neuere Gesetzgebung modifiziert sind, daß aber die Schuld keineswegs den Herausgeber seines damals gebrauchten Exemplars trifft. Redner wünscht dringend eine offizielle genaue Zusammenstellung des Klassensteuergesetzes in seiner jetzigen Fassung.

Finanzminister Camphausen konstatiert, daß das neuere Gesetz vom Jahre 1873 die Befreiung der 16jährigen Personen von der Klassensteuer aufgehoben habe, die Steuer werde nur auf Grund des Einfamilien festgesetzt.

Abg. Freytag verliest ein Schreiben des Finanzministers, welches die in zweiter Lesung gegen die Steuerveranlagung der Regierung zu Gumbinnen erhobenen Beschwerden unter eingehender Darlegung des Sachverhaltsmisses als unbegründet nachzuweisen sucht. Die darin erhobte Ansicht nimmt der Redner mit Bekämpfung entgegen, obwohl er die gängliche Erledigung seiner Beschwerden nicht anzuerkennen vermöge.

Abg. Hameln kann als Nachtrag zu den Beschwerden, welche in zweiter Lesung über das Verfahren der Landräthe bei der Einschätzung der Klassensteuer vorgebracht sind, aus seinem Wahlkreise Eiderstedt die Nachricht mittheilen, daß auch dort ein ähnliches nicht zu billigendes Verfahren des Landrats beobachtet sei.

Die Etats der direkten und indirekten Steuern, der Lotterie, der Seehandlung, sowie einige weitere kleine Etats werden unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt.

Bei dem Etat des Staatsministeriums Kapitel 52 (Zwecke der Landesvermessung) referiert Abg. Hoppe namens der Budgetkommission über den Antrag des Abg. Grafen Balthasar-H. H. C.: „Die Regierung aufzufordern, mit dem Reich ein Abkommen dahin zu treffen, daß der Zweck der Landesvermessung erforderliche Kostenbeitrag in den Reichsbaustatut pro 1877 eingestellt und der hierbei für die Wahrnehmung speziell preußischer Landesinteressen entfallende Anteil durch einen zu vereinbarenden Pauschalbeitrag aufgebracht wird.“

Der Antrag wird dem Vorschlage der Kommission entsprechend angenommen.

Bor dem Eintritt in die Beratung des Etats des Justizministeriums entschuldigt Geh. Rath Wehnel das Nicht-einspielen des Justizministers mit dessen Theilnahme an nötigen Beratungen über die deutschen Justizangelegenheiten mit Beamten aus der Provinz.

Bei Kap. 79 Tit. 6 referierte Abg. Droste Nomens der Justizkommission über den Antrag des Abg. Windhorst (Bielefeld), „der Aufhebung der Kreisgerichte Ahns, Borken und Lüdenscheid seine Genehmigung zu ertheilen.“

Referent führt aus: Die Zweckwichtigkeit dieser Maßregel ist von der Justizkommission anerkannt. Dagegen fand die Frage, ob nach Lage der Gesetzgebung der Herr Justizminister berechtigt, einseitig eine derartige Maßregel vorzunehmen, oder ob er dazu nur unter Zustimmung der Landesvertretung befugt erscheine, und ob in letzterem Falle die Genehmigung bei Gelegenheit der Etatsberatung genüge, oder ob es dazu eines Spezial-Gesetzes bedürfe, eine verschiedene Beurtheilung. Die Kommission war der Meinung, daß wenn auch Anzeisch der in Folge der in Beratung begriffenen Reichsjustiz gezeigte nothwendig werden den anderweitigen Gerichtsorganisation zur Zeit von dieser Forderung Abstand genommen werden könne, doch das Recht der Landesvertretung nicht beweist werden könne, einen Theil dieser Organisation seiner Prüfung zu unterziehen und darüber durch Gesetz zu be-

finden, ob die an einzelnen Orten insbesondere auch in Thaus, Bor- und Lüdenscheid bei der Organisation eingerichteten Kreisgerichte als solche ferner bestehen bleiben oder ob sie in Deputationen oder Kommissionen umgewandelt werden sollen.

Abg. Löwenstein ist der Meinung, daß eine Genehmigung zur Aufhebung dieser Kreisgerichte durch ein besonderes Gesetz nicht erforderlich sei, sondern im Etat bewilligt werden könne. Überdies sei der Antrag Windhorst ohne große staatsrechtliche Bedeutung. Er empfiehlt die Anträge der Kommission zur Annahme, welche lauten:

1) mit Rücksicht darauf, daß bis zum Erlaß des in Artikel 89 der Verfassungsurkunde vorgesehenen Organisationsgesetzes zur Auflösung von Kreisgerichten die Zustimmung des Landtages im Wege der Etatsgenehmigung für ausreichend zu erachten ist, über den Antrag des Abgeordneten Windhorst (Bielefeld) zur Tageordnung überzugehen; 2) die Erwartung auszupreden, daß bei der Einführung der neuen Gerichtsverfassung der Entwurf eines dem Artikel 89 der Verfassungsurkunde entsprechenden Organisationsgesetzes den Häusern des Landtages zur Beschlussfassung vorgelegt wird.“

Abg. Windhorst (Meppen) hat den zweiten Antrag der Kommission für völlig überflüssig. Entweder müsse man die Forderung des Organisationsgesetzes bestimmt präzisieren oder es einfach bei Art. 89 belassen.

Abg. Windhorst (Bielefeld) ist mit den Kommissionsbeschlußen sehr zufrieden und will den Antrag sub 2 in dem Sinne einer Einigung, an den den Art. 89 befestigen, welche in Anbetracht der bereits resultierenden Verfassung vorgegangen waren.

Abg. Hanßen bestätigt, daß seine Bitte bei der zweiten Lesung eine Unterscheidung zwischen dem Arbeitsverdienste der Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen zu treffen, in dem neuen Gefängnisreglement nicht berücksichtigt sei; werde das auch ferner so bleiben, so belasse er sich vor, einen bestimmten Antrag zu stellen.

Abg. Windhorst (Bielefeld) kündigt einen umfassenden Antrag der liberalen Parteien über die Arbeit der Strafgefangenen an.

Abg. Schweinberg bittet um Auskunft von der Regierung, wann die vollständige Auflösung der Lehnsverbände in Sachsen und Westfalen erfolgen werde.

Geh. Rath Wehnel erwiedert, daß diese Frage nicht allein das Interesse des Ministeriums der Justiz berühre, und daß er deshalb eine genügende Auskunft augenblicklich nicht geben könne.

Abg. Schmidt (Stettin) ergänzt die Bemerkung des Abgeordneten Schweinberg dahin, daß ein Spezial-Gesetz nicht bloß Lehne in der Provinz Sachsen und in der Altmark, sondern auch in Schlesien und Oberschlesien aufheben müsse, um der Verfassungs-Bestimmung und dem späteren Gesetz die Aufhebung der Lehne betreffend, gerecht zu werden. Er könne aus alter Quelle sich dahin äußern, daß auch ein Gesetzentwurf die sächsischen und altmärkischen Lehne betreffend, so weit vorbereitet sei, daß er dem Landtage vorgelegt werden könne.

Bei Kapitel (Amtsgerichte des Obergerichts zu Celle) berichtet Abg. Kropf die mißlichen Gehaltverhältnisse der Gerichtsvölker in der Provinz Hannover. Dieser Zustand wirkte so korrumptirend, daß die Hälfte dieser Beamten im Buchhaus endete, wie ein Gerichtsvogt ihm gesagt habe.

Geh. Rath Kindelis ist über die berührten Spezialitäten nicht informiert; er weiß darauf hin, daß die Gerichtsvölker nicht allein die berüchtigte Gehaltserhöhung reichlich beobachtet worden, und bestreitet, daß der Stand derselben depravirt sei.

Abg. Köbler (Göttingen) protestiert gleichfalls gegen die Behauptung des Abgeordneten Kropf, daß die Hälfte der Gerichtsvölker im Buchhaus ende, der Stand sei ihm als ein vollkommen ehrenhaftes bekannt.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkte Abg. Kropf, daß er den vom Abgeordneten Köbler beanstandeten Ausdruck nicht als seine Meinung ausgesprochen habe, sondern er habe sich in der Lage befinden, relativ zu referieren.

Der Etat des Justizministeriums wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern.

Zu Kap. 99 „Landgendarmerie“ haben die Abgeordneten Weber (Erfurt) und Miquel einen Antrag gestellt, der die Regierung zur anderweitigen Ordnung der Pensionsverhältnisse der Gendarmerieoffiziere im Wege der Gesetzgebung auffordert.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Zu dem Titel „Besoldung der Oberpräsidenten“ berichtet Abg. v. Heermann nochmals den Fall des Vorgehens der Regierung gegen die Magistratsmitglieder zu Münster wegen ihres Glückwunsches an den Erzbischof von Münster zur Sprache und verliest eine Erklärung, wovon die Magistratsmitglieder zu Münster sich gegen den bei der zweiten Lesung erhobenen Vorwurf vertheidigen und als hätten sie den diesbezüglichen Magistratsbeschluss hinter dem Rücken und ohne Vorwissen des ersten Bürgermeisters gefasst. Die betreffende Sitzung sei vielmehr eine öffentliche und ordentliche gewesen und habe der erste Bürgermeister volle Kenntnis von dem Beschuße gehabt. Der Minister müsse von den Befürwortern über den Vorgang absichtlich falsch unterrichtet worden sein, sonst hätte er derartige unrichtige Angaben vor dem Hause unmöglich machen können. Dieser Vorgang führt der Redner aus, zeige so recht, wobei man mit dem Kulturfonds Sitzung, die sich diesem Kampe ergeben, werden durch ihn völlig verblendet, sie verlieren die Fähigkeit, die Dinge objektiv zu sehen und ihren Vorgefesteten wahrheitsgetreu darüber zu berichten. Mit allen Gefängnissen und Geldstrafen habe man das gerade Gegenheil von dem bezirkt, was man erstrebt. Man habe die Bischöfe weder vom Papst noch die Bevölkerung von den Bischofsbuden trennen, wobei aber habe man Unzufriedenheit hervorgerufen in der gesamten katholischen Bevölkerung, Erbitterung und Entfernung in allen Landesteilen und das Gefühl bei den Katholiken, daß sie als Beloten im deutschen Reiche und im preußischen Staate betrachtet werden. (Beifall im Zentrum, Bischen links.)

Minister des Innern, Graf zu Eulenburg: Der beabsichtigte Zweck des Vorenders ist ja erreicht, es ist wieder etwas im Kulturfond vorgebracht, was in der Presse ausgebeutet werden kann. Die verlebte Erklärung beweist noch keineswegs, daß

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums.
Zu demselben liegt beim Kapitel der Besoldungen der Antrag zué vor, den Gehalt der Spezial-Kommissarien bei Auszeichnungsbüroren von durchschnittlich 3450 auf 3900 und die fixirten Remunerationen der Assessoren von durchschnittlich auf 3750 M. zu erhöhen. Der Antrag wird angenommen.

Bei dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung lagt Schluß über die zu geringen Mittel, welche die Provinzialsäfte worden zum Bau der Chausseen, obwohl die öffentlichen Wege in jener Provinz sich in völlig anormalen Zustände befinden. Er müsse sich bitter über die Verichterstattung der Provinzialbehörden beschweren.

Der Rest des Etats wird ohne weitere Debatte unverändert genehmigt, ebenso das Etatgesetz.

Schluss 4% Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Festallian v. Chłopicki und einige kleinere Gesetzwürfe.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 20. März. Zum dritten Mal beschäftigten die Abgeordnetenwahlen des 6. posener Wahlbezirks (Fraustadt) das Haus der Abgeordneten in der gegenwärtigen Legislaturperiode. In der ersten Session wurden bekanntlich die Wahlen als Abgeordnete des Bezirks in das Haus eingetretenen Herren Potworowski, Rospadek und Wojszewski beanstanden. Bei amtlichen Erhebungen über die in verschiedenen Protesten hervorgerufenen Unregelmäßigkeiten, auf Grund deren die Wahlen angezogen waren, veranlaßt. Das Resultat dieser Ermittlungen führte der zweiten Session zu dem Beschlusse, die Wahlen der gedachten Herren 11 Wahlmännerwahlen für ungültig zu erklären und die Staatsräte zu ersuchen, in den betreffenden Wahlbezirken, sowie an Stelle von der Wahlversammlung bereits kassirter Urwahlen neue Wahlmännerwahlen und abschließend die Neuwahl der Abgeordneten vorzunehmen. Alle diese Wahlen haben stattgefunden. Gegen die Gültigkeit derselben ist wiederum durch einen mit über 70 Unterschriften verfassten Protest d. d. Fraustadt, Lissa, Nowitsch, dem zwei Nachträge gefolgt sind, deutscherseits Einspruch erhoben worden. Abteilung beantragt nun auf Grund genauer Prüfung der Alten, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Wahl des Herrn Wojszewski im 6. posener Wahlbezirk für gültig zu erklären und die Wahlen der Herren Rospadek und v. Potworowski beanstanden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 20. März.

Wie der Reichstag meldet, wird der Kaiser und König bevorstehenden Geburtstage um 10 Uhr Vormittags die königliche Familie und die fremden Fürstlichkeiten, um 10½ Uhr den königlichen Hof, um 11 Uhr die Generale und die Militärbevollmächtigten, um 11½ Uhr die Kommandeure der Leibregimenter, um 11¾ Uhr die Staatsminister, um 12 Uhr die hier anwesenden Fürsten und Gemahlinnen zur Begegnung empfangen. Die Allerhöchsten Herrschaften werden mit den Prinzen und Prinzessinnen des Hauses und den fremden Fürstlichkeiten am 22. d. M. das Diner aus dem Kreisprinzen und der Kronprinzessin einnehmen. Zum Abend Einladungen zu einem Ballfest im Palais ergangen.

Am Sonnabend fand beim Fürsten Bismarck ein parlamentarisches Diner statt, welches von etwa 30 Personen besucht wurde. "Die Post" berichtet darüber:

Zugegen waren sämtliche Staatsminister, das Bureau des Abgeordnetenhauses und einzelne Mitglieder des Hauses, u. A. die Abgeordneten v. Kölner, v. Kneisebeck, Miguel, Dr. Lasler. Das Gespräch auf die Verhältnisse in Lauenburg und auf die soziale Frage. Der Fürst Reichskanzler versicherte, daß dort die Arbeitergruppe sei, als anderwärts, weil die Unmöglichkeit vorläge, sich größter sei, als anderenwärts. Die Abgeordneten gewählt worden.

Einen Gegensatz bildeten die Verhältnisse in Schönau und in einem Theile Pommerns, wo die sogenannten Männer-Verhältnisse (Haushalt mit Garten und Ackerland bis zu Morgen) den ländlichen Familien die Möglichkeit einer Existenz gewähren, wenn auch der Mann nebenbei auf Arbeit gehen müsse.

Das Verhältnis halte er für das richtige. Die Magregeln in Breslau auf die Disziplinarstrafe in Pommern hält der Fürst nicht für ausreichend. Durch seine industriellen Anlagen in Pommern habe er die Verhältnisse gemacht, daß die innerhalb der Tagelöhnerfamilien sich auf die Besoldung und Fleiß herabhenden Individuen Geschwader befanden, sich emporzuschwingen; deshalb sei dort kein Mangel an Arbeitskräften. Er halte also industrielle Anlagen in Verbindung mit der Landwirtschaft für einen Hebel auch unserer gewöhnlichen Verhältnisse und glaube deshalb, daß die große Ausbreitung des Sozialismus in Holstein mit darauf zurückzuführen sei, daß ähnliche Ansiedlungen nach Lage der Gesetzgebung unmöglich seien. Die Unzufriedenen seien die, die etwas gelernt hätten, und sich in Weg zum Vorwärtskommen verhexten führen.

Paris, 17. März. Die republikanischen und bonapartistischen Deputierten der siebenten Abteilung der Deputirtenkammer haben vereinbart, um gemeinschaftlich die Wahl des Klerikalen Grafen Leguay, der erst vor kurzem eine Konferenz über "die deutsche Frau" hielt, hatte eine Konferenz über Pamphlete Victor Tissot's angekündigt. Dieselbe wurde aber vom Generalgouverneur von Paris untersagt. Das Verbot ist, wie verlautet, um so auffallender, als Herr Leguay der Befürde mitteilte, daß er die Schriftsteller Tissot's einer Kritik unterwerfen und die schändliche Häufigkeit derartiger Lügen und Entstehungen nachweisen wolle. Am Mittwoch findet in der Synagoge der Rue de la Victoire die Vermählung des Fräulein Bettina v. Rothschild, Tochter des Freiherrn Alphonse von Rothschild, des pariser Hauses, mit ihrem Bruder, Freiherrn Albert von Rothschild, dem Chef des wiener Hauses, statt. Faure von der großen Oper hat sich freiwillig erboten, bei dieser Feierlichkeit mitzuwirken. Der Ehekontrakt wird Sonntag Abend im Hotel der Rue Saint-Florentin, welches Baron Alphonse bewohnt, abgeschlossen. Als Zeugen werden dieses Auktionsstück der Marshall und die Marshallin MacMahon, Herr Thiers und die Prinzen von Orleans unterzeichneten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. März.

In Negierówko (kr. Posen) fand am 19. d. M. die von dem Adam Ganczuk v. Handbuch zum zweiten Male einberufene katholische Volksversammlung statt, diesmal ohne Hindernisse Seiten der Polizeibehörde. Als Redner trat unter Anderem auch

der Redakteur des "Dziennika", Licenciat Biskup Skawinski, auf. Die Polizeibehörde war durch den Distriktskommissarius Herrn Eichowicz aus Pawlowice und durch einen Gendarmen vertreten.

© Bonn, 19. März. [Krieger-Verein.] Der Initiative des Bürgermeisters Seidel hierzu ist es gelungen, zur Belebung und Förderung des Patriotismus einen Krieger-Verein für die hiesigen Parochien ins Leben zu rufen. In der am 20. d. M. stattgefundenen Krieger-Versammlung wurden die entworfenen Statuten mit wenigen Änderungen genehmigt und in der am 27. d. M. stattgehabten Versammlung der Vorstand per Aklamation gewählt. Vorsitzender ist Herr Bürgermeister Seidel und Projektor Herr Eiswund-Arzt von Bagrodzki. Gegenwärtig zählt der Verein schon 42 Mitglieder.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 18. März. [Konkurs Gebr. Naumann] Auf dem Stadtgericht wurde heute der Prüfungstermin abgehalten, in welchem der Massenverwalter eine Darstellung über die Lage der Masse mitteilte. Hierauf hätten die Hypothekengläubiger für ihre Forderungen im Durchschnitt auf Befriedigung zu rechnen. Für die nicht bevorrechtigten Gläubiger sind die Aussichten wenig günstig, doch ist das Resultat im Wesentlichen durch den Ausgang der zahlreichen Prozeße bedingt, die sich an diesen Konkurs knüpfen dürften. (R. B. Sta.)

** Das Kuratorium der Preußischen Bodencredit-Aktien-Bank zu Berlin hat noch in einer am 17. d. M. nach der Generalversammlung der Gesellschaft stattgehabten Sitzung neu konstituiert und den Staatsminister a. D. Herrn v. Boain zum Vorsitzenden, Herrn J. Alexander zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt.

** Brüssel, 20. März. Dem Bernehmen nach wäre nunmehr die Bildung eines Konsortiums von Bankiers, um der Banque de Belgique 12 Millionen zu leihen, gesichert. — Wie das "Echo du Parlement" erfährt, hätten mehrere Mitglieder des Verwaltungsrath der Banque de Belgique, um etwaigen Schadenverhältnissen zwischen dem Kreditkärtchen T' Mint gegen sie erhoben werden könnten, beträchtliche Summen an die Banque de Belgique eingezahlt. Die vom Gouverneur der Bank, Fortemp, zu diesem Zwecke eingezahlte Summe allein beträgt 2 Millionen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 20. März. Nach hier eingegangenen amtlichen Mitteilungen ist der Insurgentenführer Pfarrer Giovane Müslich mit 80 Insurgenten auf österreichisches Gebiet gedrängt worden. — Die "Politische Korrespondenz" erfährt, daß Müslich in Melkovic von einer österreichischen Patrouille verhaftet worden ist. — Der Ackerbauminister Graf Mannsfeld ist von den Vertretern des Großgrundbesitzes einstimmig mit 91 abgegebenen Stimmen zum Reichsratsabgeordneten gewählt worden.

Czernowitz, 20. März. Die Abgeordneten, welche den Großgrundbesitz vertreten, sind wieder im Landtag erschienen und haben erklärt, daß ihr bisheriges Ausbleiben nicht durch staatsrechtliche Gründe veranlaßt gewesen sei, sondern in anderen Verhältnissen gelegen habe und daß, nachdem letztere nunmehr beseitigt seien, es der Wille ihrer Wähler sei, daß sie sich wieder an den Landtagsarbeiten beteiligen.

London, 20. März. Die Abreise der Königin nach Deutschland erfolgt nunmehr bestimmt am 27. d. Die Reise geht über Portsmouth, Cherbourg, Paris, Straßburg ohne jeden Aufenthalt nach Baden-Baden, wo die Königin etwa eine Woche lang Aufenthalt nehmen wird. Hierauf wird die Reise nach Gotha resp. Coburg fortgesetzt, die Rückreise nach England erfolgt gegen Ende April.

Aden, 20. März. Der Prinz von Wales ist gestern Abend auf dem "Serapis" hier eingetroffen und hat heute früh die Reise nach Suez fortgesetzt.

New York, 20. März. Der Dampfer der Hamburger Adlerlinie "Lessing" ist gestern Morgen 10 Uhr hier eingetroffen.

Angenommene Fremde

21. März.

HOTEL DE PARIS. Die Kaufleute Arnsmeier aus Breslau, Baerwald aus Schröda, Kaphan aus Schröda, Lambert aus Brüssel, Schulz aus Berlin, Professor Grandjean aus Lyon, Rentier Nerditz aus Dresden, Rittergutsbesitzer von Kożoński aus Polen, Baumeister Nehfeld aus Berlin, Fabrikant Niek aus Elbersfeld.

BUCKOW'S HOTEL DE ROMA. Die Rittergutsbesitzer Direktor Molnai aus Schloss Reisen, Lieutenant Geysmer aus Wronino, Fabrikant Goldstein a. Crefeld, Rittergutsbesitzer Frau Jordan aus Lutyni, Rittergutsbesitzer Kosinska aus Lutyni, die Kaufleute Bäthe aus Dresden, Möbius, Baeker, Lövin und Küchenhal aus Berlin, Mühl aus Leipzig, Burchardt aus Elbersfeld.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Hes a. Frankfurta. M., Schulz aus Ungarn, Schmidt aus Glogau, Knaffi aus Berlin, Rentier Böhl aus Berlin.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Graf Dunn aus Broniszewie, von Tocanowski aus Sippewo, Dukiet aus Rybo, Bopp Mindas aus Dolnos, Arzt Dr. Lesser aus Wilkowice, die Kaufleute Reis aus Mainz, Behnisch aus Görlitz.

Berliner Börsenmarkt.

© Berlin, 20. März. [Wochenbericht.] Auf heutigem Börsenmarkt waren an Schlachthof zum Verkauf angetrieben: 2639 Stück Hornvieh, 6189 Stück Schweine, 10,424 Stück Hämme und 1502 Stück Rinder. Der Marktverkehr trug im Allgemeinen einen besseren Charakter, obgleich die Preise nicht gerade angesogen. Hornvieh verkaufte sich nur langsam, da der Exportbedarf sich nur wenig bemerkbar mache. In erzielte 48—51 M., Ila. 43—45 M., Illa. 27—30 M. per 100 Pfund Fleischgew. Für Schweine blieben die Preise kompliziert, beste feiste Kernware wurde per 100 Pf. Fleischgew. mit 63 M. bezahlt. Schafe waren stark angeboten und daher schwierig zu platzieren; seite schwere Tiere setzten pro 45 Pf. Fleischgew. 22—22,50 M. durch. Rinder konnten nur zu niedrigen Preisen verkaufen werden.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 20. März. Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Die Haltung des Spekulationsmarktes war luftlos, geringes Geschäft. Schlußkursen: Bonner Wechsel 205,00, Barl. Wechsel 81,35, Wiener Wechsel 176,05. Böhm. Wechsel 160, Ungar. Schatzanweis. alt 92½ do. neue 91½ do. Ostb. Okt. II. 64½. Bunt. Pacific 91½. Reichsbank 158½. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 145½, Franzosen 246½, com. barden 88½.

788,00 Darmstädter Bank 109½. Berliner Börsenverein 79½. Frankfurter Wechslerbank 78½. Österreich.-deutsche B. 91. Meiningen Bank 79. Dtsch. Ludwigsbahn 100. Übersee 73½. Ungarische Staatsloose 160,60. Illyar. Schatzanweis. alt 92½ do. neue 91½ do. Ostb. Okt. II. 64½. Bunt. Pacific 91½. Reichsbank 158½. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 145½, Franzosen 246½, com. barden 88½.

Kreditaktien 145½, Franzosen 246½, Bonnarden 88½, Galizier —, Elisabethbahn —, Reichsbank 157½, 1860er Jahre —, Rudolfsbahn —, Spanier —, Ungar. Losse —, do. Schatzkonds —, Österreichische Bank —, Silberrente —, Wenig Geschäft.

Wien, 20. März. Der Rückgang der ungarischen Kreditaktien verfüllt den ganzen Markt. Spekulationswerke erzielen ein mäßige Rechte. Anlagenwerke matt, Börsen größtentheils billiger. Deutschen unverändert steif.

[Sekundärkurse.] Papierrente 67,40, Silberrente 71,40, 1854er Poole 105,00, Nationalbank 896,00, Norddahn 1792, Kreditaktien 166,40, Fran. vora 280,50, Salinier 192,00, Nordwestbahn 136,00, so. Lit. B. 48,00, London 115,75, Paris 45,85, Frankfurt 66,35, Böhm. Wendau 70,90, Kreditaktien 163,50, Kreditbank 111,00, Lomb. Eisenbahn 103,00, 1864er Poole 131,20, Unionbank 67,40, Ango. Ausf. 74,00, Österreichisch —, Napoleon 9,26, Dukaten 5,43½, Silberrente 103,60, Elsassbahn 158,00, Ungarische Staatsanweis. 73,70, Deutsche Reichs-Banknote 56,82½, Türkische Losse 23,50, — Abends. Abendbörsen. Kreditaktien 166,10, Franzosen 280,50, Galizier 192,00, Anglo-Ausf. 73,80, Unionbank 67,00, Bonnarden 103,00, Papierrente —, Silberrente —, Napoleon 9,26, Still.

Paris, 20. März. Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Fest und belebt, Schluß ruhig. Schlußkursen: Rente 66,65, Amerika 104,80, Italienische Börsenrente 70,90, Italienische Tabakaktionen —, Italienische Tabakaktionen —, Frankreich 615,00, Lombard 61,40, Italien 228,75, London, Prioritäten 241,00, Lüttich 18,15, Türkei 1889,110,00, Türkental 51,00, Kredit mobilier 193, Spanien exter 17½, do. inter 16½, Peruani —, Societe generale 535, Egypt 317, Suekland-Alten 750, Banque ottomane 433, Wechsel auf London 25,25.

Paris, 20. März, Abends. Auf dem Boulevard wurden heute Abend Rente de 1872 zu 104,90, Türkei zu 18,40 bei milder Tendenz, Banque ottomane zu 435,00 und Egypt zu 319,00 bei ruhiger Haltung gehandelt.

London 18. März Nachmitt. 4 Uhr Konsolid 94½, Italien 50, Neu 70%, Lombarden 9½, 3pro. Lombarden Prioritäten alte 9½, 3pro. Lombarden-Prioritäten neue 9½, 5½, Raffen de 1871 97½, 5½, Raffen as 1872 100%, Silber 53½, Türk. Anleihe as 1860 17½, 5½, Türk. Lüttich 1860 20%, do. Vereinigte Si. dr. 1885 105½, do. 5pro. fundire 105%, Österreich. Silberrente 61½, Österreich Papierrente 59, —, 6 prozentige ungarische Schatzbonos II. Emision 89%, Spanien 17½, 5pro. Peruani 27%. Platzdiskont 3% Prozent. — In die Bank flossen heute 64,000 Pf. Sterl.

Produktions-Course.

Danzig 20. März. Getreide-Börse. Wetter: Schnee und unfreundlich. Wind: West.

Weizen loco fand am heutigen Markt recht rege Kauflust, teils für die nicht großen neu eingetroffenen Zufuhren, teils für Partien, welche vom Speicher ausgestellt waren. Haber hatten ihre Forderungen heute neuerdings erhöht und sind für die gekauften 450 Tonnen, darunter 165 Tonnen alt, auch neuerdings etwas bessere Preise gegen Sonnabend gezahlt worden. Sommer 123/4 Pf. 191 M., 129 Pf. 194, 196 M., roth 130 Pf. 23 M., bunt 127, 132 Pf. 209 M., hellbunt 123,4, 124 Pf. 210, 211 M., alaft 126,7 Pf. 208 M., 129/30 Pf. 210, weiß 128 Pf. 220 M., alt 129/30, 132 Pf. weiß 223, 225 M. per Tonne. Termine festler, April-Mai 205 M. Br., Mai-Juni 203 M. Br., Mai-Juli 212 M. Br., 213 M. Br., Mai-Juni 208 M. Br., Juni-Juli 212 M. Br., 211 M. Br., September-Oktober 215 M. G. Regulierungspreis 203 M. Pf. Roggen loco fest, 120 Pf. ist zu 150 M. 122 Pf. 150 M., 126 Pf. 155 M. per Tonne gekauft. Umlauf 40 Tonnen. Termine festler gehalten, April-Mai 141 M. G., inländischer April-Mai 150 M. Br., Mai-Juni 153 M. Br., Regulierungspreis 147 M. — Gerste loco grohe 113 Pf. 152 M., feine 115 Pf. 160 M., kleine 101/2 Pf. 135 M., 104 Pf. 138 M. pr. Tonne bez. lt. — Widen loco brachten 230 M. pr. Tonne. — Erben loco grüne 195 M. per Tonne. — Spiritus loco ist zu 43 verkauft.

Hamburg, 20. März. Nachmitt. Getreide loco und auf Termine fest. Roggen loco fest und auf Termine festler. — Weizen v. März 204 M., 203 Gb., pr. Mai-Juni 201 M., 208 M., 207 Gb., 209 Gb., v. März 146 M., 145 Gb., pr. Mai-Juni 149 M., 148 Gb., Hafer besser. Gerste unveränd. Rüb. beh. loci 62, pr. Mai 60, pr. Oktbr. pr. 200 Pf. 62, Spiritus matt, pr. März 34½, pr. April-Mai 34½, pr. Juni-Juli 35, pr. Juli-August pr. 100 Liter 4,00 v. 36, Kart

Produkten-Börse.

Berlin. 20. März. Wind: SW. Barometer 27,10. Thermometer + 6° R. Witterung: veränderlich.
Weizen loko per 1000 Kilo gr. 180—220 Rm. nach Dual. gef. gelber o. dieser Monat — April—Mai 200,50 201,50 200 Rm. b. Mai—Juni 204—205,50—214 Rm. b. Juni—Juli 218,50—207—208 Rm. b. Juli—August 211—212—211 Rm. b. Sept.—Okt. 214—215—214 Rm. b. — Roggen loko der 1000 Kilo gr. 149—163 Rm. nach Dual. gef. russ 150—151,50, polnisch 152—153, in östl. 159—162 ab Bahn Rm. b. per diesen Monat — Frühjahr 153 154—153 Rm. b. Mai—Juni 152,50—152 Rm. b. Juni—Juli 152,50—152 Rm. b. Juli—August 152,50—153—152 Rm. b. Sept.—Okt. 153,50—154,50 Rm. b. 154 Rm. b. — Gerste loko per 1000 Kilo gr. 138 180 Rm. nach Dual. gef. — Hafer loko der 1000 Kilo gr. 148—185 Rm. nach Dual. gef. östl. u. westl. 160 177, vorau. u. medl. 175—181. russ. 157—177, böhm. 175—181 ab Bahn Rm. b. per diesen Monat — Frühjahr 161 Rm. b. Mai—Juni 163,50 Rm. b. Juni—Juli 163,50 nom. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaren 172—210 Rm. nach Dual. Futterwaren 165—170 Rm. nach Dual. — Raps per 1000 Kilo gr. — Rüben — Rapsöl per 100 Kilo loko ohne Fas 55 Rm. b. Rübenöl per 100 Kilo loko ohne Fas 61,5 Rm. b. mit Fas — per diesen Monat — April—Mai 61,5—61,8 6,7 Rm. b. Mai—Juni 61,9—62 61,9 Rm. b. Juli 63,1—63,2 Rm. b. Sept.—Okt. 63—63,3—62,2 Rm. b. — Petroleum rafin. (Standard white) per 100 Kilo mit Fas 29,5 Rm. b. per diesen Monat 27,8 Rm. b. April—Mai 24,8 Rm. b. Sept.—Okt. 25,8—25,9 Rm. b. — Spiritus per 100 Liter n. 100 pcf. ohne Fas 44,1 Rm. b. per diesen Monat — loko mit Fas — per diesen Monat 44,7 nom. März—April do. April—Mai 45,1 Rm. b. Mai—Juni 45,6 Rm. b. Juni—Juli 45,8 Rm. b. Juli—August 48,2 Rm. b. August—Sept. 49,2 Rm. b. — Wehl. Weizenmehl Nr. 0 27,25 26,25 Ar. 0 u. 1 25,75 24,25 Rm. Roggermehl Nr. 0 23,75—22,25 Rm. Ar. 0 u. 1 25,75 24,25 Rm. Roggermehl Nr. 0 23,75—22,25 Rm. Ar. 0 u. 1 25,75 24,25 Rm.

Berlin. 20. März. Der gefürige Verkehr vertieft bei geringen Umsätzen in fester Haltung, namentl. & schlossen Türen hoch. Auch heutigen aus Wien verbürgtig günstige Meldungen vor, welche hier Gleichfalls Biederhander fanden. Trotz der Geringfügigkeit der Geschäftsbürtigkeit an den letzten Tagen scheint hier ein ziemlich umfangreiches Deckungsbedürfnis zu bestehen, welches einer Ermattung entgegentritt und das Angebot mit Leichtigkeit aufnimmt. Besonders haben sich Kreditaktien und Diskonto-Kommanditanteile, Lombarden und Italiener wurden vorübergehend von den politischen Vorgängen in Italien berührt. Frankfurter und andere Spielpapiere liegen still, aber fest. Eisenbahnen erhöhten allerdings ihre Notiz um Kleinigkeiten, fanden

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 20. März 1876.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Gros. Anleihe 4½ 105,10 Rm. b.

Staats-Anleihe 4 99,75 Rm. b.

Staats-Schildch. 3½ 93,25 Rm. b.

Kur. u. Nrn. Sch. 3½ 93 Rm. b.

Ob.-Deichh.-Obl. 4½ 101,75 Rm. b.

Berl. Stadt-Obl. 4½ 101,70 Rm. b.

do. do. 3½ 92,90 Rm. b.

Görl. Stadt-Ant. 4½ 101,90 Rm. b.

Rheinprovinz do. 4½ 101,70 Rm. b.

Schlesv. d. B. Kfm. 5 100,50 Rm. b.

Pfandbriefe:

Berliner 4½ 101,75 Rm. b.

do. 5 106,40 Rm. b.

Landsch. Central 4 95,10 Rm. b.

Kur. u. Neumärk. 3½ 86,25 Rm. b.

do. neue 3½ 85,00 Rm. b.

do. 4 95,00 Rm. b.

do. neue 4½ 102,50 Rm. b.

St. Brandtg. Gred. 4 95,00 Rm. b.

Ostpreußische 3½ 87,00 Rm. b.

do. 4 96,25 Rm. b.

do. 4½ 102,00 Rm. b.

Pommersche 3½ 85,40 Rm. b.

do. 4 95,20 Rm. b.

do. 4½ 102,60 Rm. b.

Posenche, neue 4 94,90 Rm. b.

Sächsische 4 95,00 Rm. b.

Schlesische 3½ 95,00 Rm. b.

do. alte A. u. C. 4 101,60 Rm. b.

do. A. u. C. 4 101,60 Rm. b.

Westpr. rittersch. 3½ 85,25 Rm. b.

do. 4 94,50 Rm. b.

do. 4½ 101,40 Rm. b.

do. II. Serie 5 105,80 Rm. b.

do. neue 4 95,50 Rm. b.

do. 4½ 101,40 Rm. b.

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4 97,75 Rm. b.

Pommersche 4 97,00 Rm. b.

Posensche 4 97,00 Rm. b.

Preußische 4 97,20 Rm. b.

Klein. u. Westfäl. 4 98,90 Rm. b.

Sächsische 4 98,40 Rm. b.

Schlesische 4 97,50 Rm. b.

Souvereigns 20,42 Rm. b.

Napoleonsd'or 16,25 Rm. b.

do. 500 Gr. 4,16 Rm. b.

Dollars Imperial 500 Gr. 1394,50 Rm. b.

Gremd. Banknot. 99,88 Rm. b.

do. einköbb. Leipzg. 89,60 Rm. b.

Fransz. Banknot. 81,40 Rm. b.

Desterr. Banknot. 176,10 Rm. b.

do. Silbergulden 183,00 Rm. b.

do. 1/2 Stüke 181,50 Rm. b.

Russ. Noten 264,40 Rm. b.

Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 £.

do. 109 fl. 1 M.

Hess. Prsch. a 40 fl. — 257,25 Rm. b.

Bad. Pr. A. v. 67 4 122,10 Rm. b.

do. 35fl. Obligat. — 138,50 Rm. b.

Bair. Präm.-Arl. 4 122,10 Rm. b.

Brüssel. 20thl. — 83,10 Rm. b.

Brem. Arnl. v. 1874 4½ 100,30 Rm. b.

Göln. Md.-Pr. A. 3½ 109,00 Rm. b.

Dest. St. Pr. Arnl. 3½ 117,10 Rm. b.

Goth. Pr. Pfdr. 5 109,60 Rm. b.

do. II. Arnl. 5 106,25 Rm. b.

Hb. Pr. A. v. 1866 3 173,70 Rm. b.

Göebeker Pr. Arnl. 3½ 173,00 Rm. b.

Meissn. Eisenbch. 3½ 89,60 Rm. b.

Meiningen. Loope — 19,75 Rm. b.

do. Pr. Pfdr. 4 102,90 Rm. b.

Oldenburg. Loope 3 138,50 Rm. b.

D.G.-G.-B.-Pf. 110 5 103,10 Rm. b.

do. do. 4½ 96,60 Rm. b.

Ötsch. Hypoth. unf. 5 101,00 Rm. b.

Mein. Hyp. Pfdr. 5 100,30 Rm. b.

Prdd. Gred. H. 5 100,75 Rm. b.

do. Hyp. Pfdr. 5 101,50 Rm. b.

Pomm. G.-B.-L. 120 5 105,75 Rm. b.

do. II. IV. 12 5 102,00 Rm. b.

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 £.

do. 109 fl. 1 M.

Hess. Prsch. a 40 fl. — 257,25 Rm. b.

Bad. Pr. A. v. 67 4 122,10 Rm. b.

do. 35fl. Obligat. — 138,50 Rm. b.

Bair. Präm.-Arl. 4 122,10 Rm. b.

Brüssel. 20thl. — 83,10 Rm. b.

Brem. Arnl. v. 1874 4½ 100,30 Rm. b.

Göln. Md.-Pr. A. 3½ 109,00 Rm. b.

Dest. St. Pr. Arnl. 3½ 117,10 Rm. b.

Goth. Pr. Pfdr. 5 109,60 Rm. b.

do. II. Arnl. 5 106,25 Rm. b.

Hb. Pr. A. v. 1866 3 173,70 Rm. b.

Göebeker Pr. Arnl. 3½ 173,00 Rm. b.

Meissn. Eisenbch. 3½ 89,60 Rm. b.

Meiningen. Loope — 19,75 Rm. b.

do. Pr. Pfdr. 4 102,90 Rm. b.

Oldenburg. Loope 3 138,50 Rm. b.

D.G.-G.-B.-Pf. 110 5 103,10 Rm. b.

do. do. 4½ 96,60 Rm. b.

Ötsch. Hypoth. unf. 5 101,00 Rm. b.

Mein. Hyp. Pfdr. 5 100,30 Rm. b.

Prdd. Gred. H. 5 100,75 Rm. b.

do. Hyp. Pfdr. 5 101,50 Rm. b.

Pomm. G.-B.-L. 120 5 105,75 Rm. b.

do. II. IV. 12 5 102,00 Rm. b.

Breslauer Disc.-Bl. 4 63,00 Rm. b.

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für

Wechsel 4, für Lombard 5 pcf.; Bank-

disconto in Amsterdam 3, Bremen —

Brüssel 3½, Frankfurt a. M. — Ham-

burg — Leipzig — London 4, Paris —

Petersburg 5, Wien 4½ pcf.

Badische Bank